

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	02.06.2016
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	20.06.2016
Jugendhilfeausschuss	21.06.2016
Integrationsrat	29.08.2016

Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen".

Bei dem Projekt „klarkommen! Chancen bieten durch Prävention vor Ort“ handelt es sich um eine kriminalpräventive Initiative des Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, die von Innenminister Jäger am 28.05.2014 in Duisburg gestartet wurde. Diese Initiative wird derzeit bereits in Dortmund, Duisburg und Köln (seit dem 21.09.2014) umgesetzt.

Die Initiative basiert in Köln auf einer Kooperation zwischen der Polizei Köln, der Stadtverwaltung und dem Kreisverband der AWO Köln. Ziel ist es, durch repressive sowie migrationsspezifische, präventive Maßnahmen auf die Zielgruppe von ausländischen Mehrfachtatverdächtigen (dies betrifft oftmals junge nordafrikanische Flüchtlinge, die ohne Familie in Deutschland angekommen sind) einzuwirken, um Straftaten zu verhindern und die Entwicklung von gemeinschaftsfähigem Verhalten zu fördern. Hierbei erhalten sie gezielte Sprachförderung, werden in ihrem Schulalltag unterstützt und ihr Tagesablauf erhält eine geregelte Struktur. Letztlich sollen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch ein multiprofessionelles, mehrsprachiges und multikulturelles Team darin unterstützt werden, ihr bisheriges Verhalten kritisch zu hinterfragen und Handlungsalternativen zu entwickeln, um einem weiteren Abrutschen in die Kriminalität vorzubeugen.

Aufgrund der seit Januar 2016 vorliegenden positiven Ergebnissen aus einer internen Evaluation durch das Landeskriminalamt NRW hat das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK) mit Erlass vom 10.02.2016 die Erweiterung der Initiative „klarkommen“ am Standort Köln beschlossen. Hier existiert bislang lediglich ein Stützpunkt in der Antwerpener Str. 19-29.

Vom Ministerium wurde ein Budget für die Erweiterung in Höhe von 0,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Genehmigungserlasses wurde daneben die Stadt Köln gebeten, die kostenfreie Überlassung von Räumlichkeiten für eine weitere Anlaufstelle als Unterstützungsleistung im Rahmen der Kooperationspartnerschaft einzubringen. Diese Anlaufstelle soll mit Priorität im Stadtbezirk Kalk eingerichtet werden, da sich die Konzentration der Zielgruppe auch auf diesen Stadtteil ausgeweitet hat.

Die Stadt Köln hat daher im Bezirksrathaus Kalk, 3.OG, vier Räume mit einer Nutzfläche von insgesamt rd. 140 m² zur Verfügung gestellt. Hierdurch soll die positive Entwicklung des Gesamtprojektes weiter unterstützt und in einem festgestellten Problembereich eine Beratungsstelle eingerichtet werden.

Die Ausschreibung des zukünftigen Trägers durch das PP-Köln wurde bereits veröffentlicht und ein Ergebnis des Auswahlverfahrens soll im Mai 2016 feststehen. Die Aufnahme der Beratungsleistungen ist für Jahresmitte 2016 vorgesehen.

Gez. Kahlen